



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/IV/61

25. Mai 1949

## Misglückte Generalprobe in Berlin

---

W.B. Knapp 1 1/2 Wochen nach Aufhebung der Blockade kam es zu der mit dem Eisenbahnerstreik verbundenen überaus ernstesten Verschärfung der Berliner Situation. Die Verschärfung ergab sich dadurch, dass die kommunistische Führung der SED und des FDGB nicht nur den für ihre elementarsten Interessen eintretenden Eisenbahnern in den Rücken fiel, sondern ausserdem bewaffnete Polizei-Formationen gegen die Streikenden einsetzen liess. Ein Todesopfer und zahlreiche Verletzte sind zu beklagen. Der berufliche Polizeipräsident des Ostsektors, Markgraf, droht mit Terror, Todes- und Zuchthausstrafen. Neben den uniformierten Totschlägern gab es noch fanatisierte FDGB-Anhänger und FDJ-Mitglieder, die in einigen Fällen sogar mit Schusswaffen vorgingen. In der SED-Führung war offensichtlich die Absicht vorhanden, die Pariser Verhandlungen in einem ganz bestimmten Sinn zu beeinflussen. Vielleicht war es auch eine Generalprobe für den Fall der Macht-ergreifung nach Prager Muster.

Diese Generalprobe wurde zu einem Reinfall.

1. schlossen sich über 14.000 der infrage kommenden 15.000 Eisenbahner der Streikparole an, obgleich bisher nur eine Minderheit zur freien Eisenbahnergewerkschaft der UGO gehörte,

2. bekundete die Berliner Bevölkerung auf vielfältige Art ihre Sympathie mit den Streikenden, obgleich sich durch Einstellung des Bahnverkehrs unangenehme Erschwerungen ergaben,

3. gab es zahlreiche Beweise der Solidarität der Arbeiterschaft im russischen Sektor und der russischen Zone,

4. entschlossen sich die westlichen Kommandanten nach den ersten wilden Tagen, die Verantwortung für Ruhe und Ordnung auf dem Eisenbahngelände dem rechtmässigen Magistrat und der rechtmässigen Polizei zu übertragen. Die kommunistischen Bürgerkriegstruppen mussten abziehen.

Der Streik selbst dauert an. Ihm liegen drei Forderungen zugrunde. Vor allem geht es um den Lohn. Die Eisenbahner der Westsektoren waren die Stiefkinder der Währungsumstellung vom März dieses Jahres. Sie mussten weiterhin mit Ostmark vorlieb nehmen, da ihr Betrieb der ostzonalen Generaldirektion untersteht. Das Gehalt schrumpfte beim Umtausch auf Ost- in Westgeld auf 1/4 des nominellen Betrages zusammen. Von den seit der Währungsreform verfloßenen neun Wochen war nur für drei Wochen ein Umtausch in Westmark erfolgt. Zu weiterreichenden Hilfsmassnahmen war der Magistrat aus finanziellen und rechtlichen Gründen nicht in der Lage und die ostzonale Generaldirektion liess nicht mit sich reden. Dabei lag die Lösung auf der Hand. Man brauchte lediglich die Bahngebühren in den Westsektoren in Westmark zu erheben, um über die für die Entlohnung der Eisenbahner erforderlichen D-Mark zu verfügen.

Es sind noch zwei weitere Forderungen, mit denen die Eisenbahner

in den Streik gingen. Sie wollen uneingeschränktes Koalitionsrecht. Und sie verlangen, dass ihre aus politischen Gründen entlassenen 1200 Kollegen wieder eingestellt werden. Es ist bezeichnend, dass das gewerkschaftliche Koalitionsrecht in Berlin im Jahre 1949 gegenüber einer kommunistischen Generaldirektion durchgeföhrt werden muss.

Der gewerkschaftliche Kampf ist nicht abgeschlossen, und es ist nicht zu übersehen, wann und wie er abgeschlossen werden wird. Manche Anzeichen deuten jedoch darauf hin, dass die Taktik der SED-Führung nicht die Billigung der russischen Vorgesetzten gefunden hat und dass man daraufhin auch bei der Eisenbahndirektion Verhandlungen nicht mehr rundweg ablehnen dürfte. Unabhängig davon ergeben sich bereits nach dem gegenwärtigen Stand überall ernste politische wie gewerkschaftliche Lehren aus dem Existenzkampf der Berliner Eisenbahner.

### Das Bonner Interregnum

Sch. Mit der Proklamation des Grundgesetzes hat zum ersten Mal seit über 16 Jahren ein grosser Teil Deutschlands ein Statut erhalten, das eine stabile Rechtsordnung im politischen und sozialen Leben darstellt. Bei allen Vorzügen dieses Vorganges wäre nichts törichter, als diese provisorische Grundlage mit einer wirklichen demokratischen Verfassung zu verwechseln. Es könnten sich daraus schwerwiegende und nachteilige Konsequenzen für das Werden der jungen deutschen Demokratie ergeben. Ebenso gefährlich wäre es, wenn die nach dem Grundgesetz errichteten Regierungsorgane eine Souveränität vorspiegelten, die sie in Wirklichkeit nicht besitzen können. Die Folge solcher Irrtümer wäre, dass das deutsche Volk seine Regierung und die Parteien, die sie tragen, für Handlungen oder Unterlassungen verantwortlich machten, für die nur die Besatzungsmächte verantwortlich zu machen wären. Eine demokratische Verfassung wird sich das deutsche Volk erst dann geben können, wenn es in voller freier Willensentscheidung und unter voller Souveränität und Einheit des gesamten Deutschlands in der Lage ist, sich zu konstituieren.

Trotz all dieser Vorbehalte soll aber nicht das wichtigste Positivum des neuen Zustandes übersehen werden, dass nämlich mit dem Inkrafttreten des Grundgesetzes in Deutschland eine Atmosphäre geschaffen wurde, in der Rechtlosigkeit und politische Willkür ausgeremert sind. Durch ihre Zustimmung haben die Besatzungsmächte ihrer Gewalt selbst Grenzen gesetzt; die deutschen Parteien haben sich mit ihrer Unterschrift unter die Verfassung klar und eindeutig zu dem Ziele der Reinhaltung der Demokratie bekannt und alle Methoden verdammt, die vor 16 Jahren zu deren Untergang geführt haben.

Noch hat sich das Parlament der Bundesrepublik nicht konstituiert. Aber es deutet sich schon in den Konferenzen der westdeutschen Ministerpräsidenten die verheissungsvolle Aussicht einer gesamtdeutschen Willensvertretung an. Vor wenigen Tagen haben sich die 11 Länderchefs, die sonst immer sehr eifersüchtig auf die Wahrung ihrer Kompetenzen bedacht sind, bereitgefunden, mit einem Gremium des Parlamentarischen Rates gemeinsam einen Vorbereitungsausschuss zu bilden, dessen Aufgabe es sein wird, für einen glatten Start der Regierungsgeschäfte Sorge zu tragen. Es wird nicht unwesentlich sein, welche Gesetze dieser Ausschuss dem Bundesparlament als vordringlich zur Verabschiedung vorschlagen wird. Die Besorgnisse, dass es sich bei diesem Übergangsausschuss um eine Art interimsmässiger Bundesregierung handeln könne, die mit politischen Entscheidungen der kommenden wirklichen Regierung vorgreifen könnte, sind zunächst gegenstandslos geworden.

## Zum Kongress der Europa-Union

-----  
 Von Dr. G. Luetkens

Die deutsche Europa-Union hat dieser Tage in Hamburg einen Kongress abgehalten. Einige ausländische Gäste waren zugegen. Es handelt sich bei dieser Europa-Union um einen der kleineren Verbände, die in Deutschland für den Gedanken der europäischen Einigung auftreten. Dieser Gedanke ist gesund. Der Sozialdemokratie erscheint die Schaffung eines geeinten Europas geradezu als Notwendigkeit; da die Probleme des deutschen Wiederaufbaus nur in einem gesamteuropäischen Rahmen lösbar scheinen.

Für diesen Gedanken des geeinten Europas sind die Sozialisten seit Jahrzehnten, ja seit einem Jahrhundert, eingetreten. Man empfindet deshalb das Gekomme der Europa-Union, als sei dieser Gedanke erst ihr gekommen, als ein wenig übertrieben, wenngleich man natürlich nur begrüßen kann, dass sich auch andere als demokratische und sozialistische Kreise für diesen Gedanken seit kürzerer Zeit einzusetzen beginnen. Wer immer in Deutschland ehrlich für die Einigung Europas eintritt, soll uns als Helfer am Werk willkommen sein. Deshalb steht es auch Mitgliedern der Sozialdemokratie völlig frei, in die Europa-Union einzutreten, und eine grosse Anzahl hat das getan.

Die Vereinigung Europas ist jedoch ein Werk, das in praktischer politischer Tätigkeit erarbeitet werden muss. Es bedarf zur Errichtung dieses Zieles politisch zweckmässiger Methoden, und es bedarf dazu politisch wirksam organisierter Kräfte. Bei der Propagierung des Europagedankens in Deutschland könnte die Europa-Union eine nützliche und verdienstliche Rolle spielen. Als effektiv politische Kraft jedoch, die bei der praktischen Durchsetzung des Zieles wirksam mitarbeiten könnte, kann sie kaum eingeschätzt werden.

Bei einem Teil der in ihrer Organisation massgebenden Menschen stellt man in gleicher Weise irrationale wie dilettantische Antriebe fest. Einer der massgebenden Vertreter der Europa-Union hat in Hamburg vor den "doktrinären Vorurteilen der Parteien" gewarnt, und immer wieder hört man aus diesen Kreisen, es komme darauf an, "Persönlichkeiten", nicht politische Kräfte ins Spiel zu bringen, wolle man irgend etwas erreichen. Solche politische Träumerei bringt, sollte sie in der Europa-Union das Übergewicht gewinnen, diese in die Nähe von solchen Eintagegebildnen wie die vor einigen Monaten gegründete "Junge Union" und anderer "Kreise". Auch bei der Europa-Union - eine weitere etwas fatale Ähnlichkeit - scheint es einen engeren Zirkel begabter "jüngerer" Journalisten zu geben, welche bemüht sind, die Organisation von innen zu dirigieren, und die gleichzeitig in der Lage sind, eine gewisse laute Publizität zu geben.

Die Europa-Union scheint sich auch mit Hoffnungen zu tragen, den Deutschen Europäischen Rat zu dirigieren, der sich demnächst konstituieren wird, um im Rahmen der gesamten europäischen Bewegung für den Gedanken der europäischen Einigung einzutreten. Diesem Europäischen Rat wird eine grössere Bedeutung zukommen als der Europa-Union, die in ihm als eine kleinere Gruppe vertreten sein wird. Am Deutschen Europäischen Rat werden sich auch alle deutschen politischen Parteien mit Ausnahme der Kommunisten, in loser Form, aber aktiv beteiligen.

Jedenfalls wird die Sozialdemokratie das tun, da sie keiner Bestrebung unfreundlich gegenüberstehen kann und will, die sich für Europa einsetzt.

Dieser Deutsche Europäische Rat wird infolgedessen für eine effektiv-politische Aktivität besser geeignet sein als jede einzelne kleine private Organisation. In diesem Rat könnte Politik rationell betrieben werden, sofern nicht der Drang nach "Persönlichkeiten" und nach unorganisierter Aktion um der Aktion willen doch noch die Oberhand gewinnen sollte.

Es ist insbesondere darauf hinzuweisen, dass sich in den anderen europäischen Ländern die Lage schon völlig dahin geklärt hat, dass nur durch das Wirken der politischen Parteien die Arbeit an der Vereinfachung Europas wirksam vorangetrieben werden können. Die beratende europäische Körperschaft, welche im Herbst in Strassburg mit delegierten vieler europäischer Länder zusammentreten wird, wird sich im wesentlichen aus Mitgliedern der verschiedenen Parlamente zusammensetzen. Sie wird sich infolgedessen in Form von Parteivertretern konstituieren und nicht eine Versammlung von Persönlichkeiten und Notabeln sein.

In Grossbritannien hat sich innerhalb der dortigen europäischen Bewegung offiziell eine parlamentarische Sektion gebildet, welche von sich aus im wesentlichen die Beschickung der Strassburger Versammlung regeln wird. Es sind im Augenblick auch in den übrigen europäischen Ländern Schritte im Gange, um auch dort solche parlamentarische Sektionen zu errichten, weil überall erkannt wird, dass in dieser Richtung nur durch interparlamentarische Zusammenarbeit erfolgsversprechende Arbeit geleistet werden kann. Auf der anderen Seite hat die Internationale Sozialistische Konferenz in Baarn gleichfalls klar zu erkennen gegeben, dass in Strassburg fruchtbare Arbeit nur bei Zusammenarbeit politischer Fraktionen untereinander erwartet werden könne. Wer es mit dem Gedanken der Vereinigung Europas als einem mit Nachdruck zu verfolgenden politischen Ziel ernst nimmt, muss sich von der Erkenntnis leiten lassen, dass nicht der gute Wille einzelner, sondern nur die organisierte politische Aktivität zum Erfolg führen kann. Das ist auch der einzig mögliche demokratische Weg.

#### Für einen volksumfassenden Gesundheitsdienst

##### Der Standpunkt der sozialistischen Ärzte

K.J. Der Kongress sozialistischer Ärzte in Hamburg am vergangenen Wochenende, an dem rund 200 Delegierte aus allen Zonen sowie als Vertreter der International Medical Association Dr. A.N. Lundgreen aus Schweden teilnahmen, gab weiten Kreisen Gelegenheit, sich mit den Grundsätzen und Zielen der ASA (Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Ärzte) vertraut zu machen und über den augenblicklichen Stand der wissenschaftlichen Forschung zu unterrichten. Die geschlossenen Sitzungen dienten dem Erfahrungsaustausch der Ärzte, der Zielsetzung für die Arbeit im kommenden Jahre sowie organisatorischen Fragen. "Die Politik", so hiess es in einem der Referate, "ist weiter nichts als Medizin im Grossen". In einer Zeit staatlicher Neugestaltung habe der sozialistische Arzt seine Stimme zu erheben, denn von ihm gelte insbesondere das Wort Virchows: "Die Ärzte sind die natürlichen Anwälte der Armen und die soziale Frage fällt zu einem erheblichen Teil in ihre Jurisdiktion". "Was für das

politische und wirtschaftliche Gesetzgebungswerk gilt", sagte z.B. Minister a.D. Pöhle, "ist auch auf dem gesundheitspolitischen Sektor bindend; Die Volksgesundheit ist das höchste Gut der Gesellschaft, die für ihre Pflege, Erhaltung und Verbesserung während des ganzen Lebensweges eines Menschen die Verantwortung trägt. Die Gesellschaft kann diese Aufgabe aber nur in einem umfassenden Gesundheitsdienst, frei von jeder privaten Interessenswahrung und im Rahmen einer allgemeinen Staatsbürgerversorgung erfüllen, zu der jeder Bürger im Verhältnis seiner Mittel beizutragen hat. Der Gesundheitsdienst trägt dem Recht eines jeden Menschen ohne Ansehen von Person, Stand, Rasse und wirtschaftlicher und sozialer Lage auf einen bestmöglichen Gesundheitszustand Rechnung".

Da ein umfassender Gesundheitsdienst unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht sofort verwirklicht werden kann, fordert die ASA zur stufenweisen Erreichung dieses Zieles als vorbereitende Massnahme die Durchführung folgender Aufgaben durch das gesundheitspolitische Aktionsprogramm:

1. In allen Fragen der Volksgesundheit hat der deutsche Bundesstaat Recht und Pflicht der Grundsatz- und Vorrang-Gesetzgebung. Alle Einrichtungen, die gesundheitliche Aufgaben erfüllen, unterstehen der bundesstaatlichen Aufsicht. Die Bundeslegislative erlässt ein Volksgesundheitsgesetz, das eine sinnvolle Planung des gesamten Gesundheitswesens ermöglicht und die derzeitige Zersplitterung beendet.
2. Alle Fragen von gesundheitspolitischer Bedeutung finden ihre einheitliche organisatorische und verwaltungsmässige Zusammenfassung in einem Gesundheitsministerium (auch bei Zusammenlegung ministerieller Aufgaben muss der ministerielle Charakter des Gesundheitswesens gewahrt bleiben. Das Gesundheitswesen darf nicht mehr lediglich als Verwaltungsgereferat einem nicht wesensverwandten Ministerium unterstellt werden).
3. Ein Gesundheitsbeirat, bestehend aus Institutionen und Körperschaften, der gesundheitliche Fragen behandelt, berät das Ministerium in seinen Aufgaben.

Über Umfang und Bedeutung der "Weltgesundheitsorganisation", der zur Zeit mehr Nationen angehören als dem ehemaligen Völkerbund und dem auch Staaten beitreten können, die nicht in der UNO sind, sprach Regierungsdirektor Dr. Glaser, Kiel. Der Vortrag "Soziale Psychologie" von Dr. Dogs, Psychiater in Goslar, beschäftigte sich mit der Psychotherapie. Ein wissenschaftliches Referat über "Krisenempfindlichkeit der Krankheitsgruppen", in dem die soziale Bedingtheit des Krankheitsgeschehens dargestellt wurde, hielt der Vorsitzende des Zentralkomitees für Tuberkulosebekämpfung, Professor Ickert.

Zum Wohnungsbau wurde eine Resolution angenommen, die sich im Interesse der Fürsorge für die Volksgesundheit gegen privaten Egoismus für den sozialen Wohnungsbau einsetzt. Der Vorstand der ASA wurde beauftragt, Verbindung mit dem Harburger Bund (Vereinigung angestellter Ärzte) und den gewerkschaftlich organisierten Jungärzten aufzunehmen und vergangene Meinungsverschiedenheiten der Jungärzte zu beenden. Nach dem Beschluss des Kongresses, dem Büro der International Socialist Medical Association vorzuschlagen, die diesjährige internationale sozialistische Ärztekongress in Berlin durchzuführen, wurde der Vorstand für das kommende Jahr gewählt, der sich neben dem einstimmig wiedergewählten Vorsitzenden Dr. Graaz-Berlin und Dr. Karl-Flensburg weiter aus Professor Gröbe-Hamburg, Dr. Koke-Flensburg, Dr. Kronbach (Seltheim-Mosel) und Dr. Kappes-Karlsruhe zusammensetzt.

## "Sozialpolitik in der Weimarer Republik"

Zu einem Buch von Ludwig Preller

Es scheint, als würde der heutige Kampf um den sozialpolitischen Schutz des arbeitenden Menschen mit den gleichen Argumenten geführt, die in den Anfängen der Sozialpolitik bereits eine Rolle spielten. Heute, wie zur Zeit Bismarcks, wird behauptet, die Inanspruchnahme der Wirtschaft als Mitträger der sozialen Lasten sei eine schwere Gefährdung der Produktionskapazität und bewirke eine Verringerung des Sozialprodukts, aus dem doch die sozialen Aufwendungen zu bestreiten seien. Die Folgerung aus dieser Art der Betrachtung in den Anfängen der Sozialpolitik war die Verweisung des nicht mehr produzierenden Hilfsbedürftigen an die Armenpflege, d.h., seine "Versorgung" durch teilweisen Konsumverzicht der Produzierenden. Diese Periode der Sozialpolitik, die den Arbeiter als Objekt erfasste und sich als "Schutz- und Fürsorge-Gesetzgebung" charakterisierte, wurde mit dem Art. 166 der Weimarer Verfassung unmissverständlich beendet. Durch ihn wurde der Arbeiter berufen, an der "Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen" und der gesamten "wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte" gemeinsam mit den Unternehmern mitzuwirken.

Der Arbeits- und Wirtschaftsminister von Schleswig-Holstein, Professor Dr. Ludwig Preller, legt nun ein umfangreiches Buch vor, das diese entscheidende Periode in der Geschichte der Sozialpolitik behandelt. (Ludwig Preller, "Sozialpolitik in der Weimarer Republik", Franz Mittelbach-Verlag, Stuttgart). Das Buch ist mehr eine historische Darstellung, es ist eine aktuelle Auseinandersetzung mit den bestimmten und konkurrierenden Ideen dieser Zeit und den sie tragenden Kräften. Es zeigt die Verteilung der sozialen Kräfte auf und macht ihre Zersplitterung in rivalisierende Gruppen deutlich, die schliesslich die "Krisis der Sozialpolitik" herbeiführten. Aus dieser Krisis hat die Sozialpolitik der Weimarer Republik nie ganz herausgefunden; die Frage nach dem Verhältnis von Sozial- und Wirtschaftspolitik wurde von den Sozialpolitikern nicht eindeutig beantwortet. Umso entscheidender erfolgte die Beantwortung von den Vertretern der Wirtschaft, die dem Staate die sozialen Lasten zuschoben und sich der staatlichen Einwirkung mehr und mehr entzogen. Die staatliche Sozialpolitik hatte keinen gestaltenden Einfluss auf die Wirtschaft, sie wirkte höchstens ein wenig modifizierend. Aber auch diese geringfügige Einwirkungsmöglichkeit wurde von der Wirtschaft noch als zu störend angesehen. Prof. Preller stellt fest: "Die Unternehmer setzten über die Präsidialregierungen ihren Willen durch, die Krise wie die Kriegsfolgen nicht zu Lasten des Ertrages, sondern zu Lasten des Arbeitnehmereinkommens zu überwinden. Der Kampf um Arbeitslosenversicherung und kollektives Arbeitsrecht, der Kampf um die Weimarer Sozialpolitik trug so zum Verhängnis der Weimarer Demokratie bei. Mit Papen schien die soziale Demokratie niedergeworfen. Der Versuch Schleichers, auf der Grundlage einer leise ansteigenden Konjunktur erneut mit den Gewerkschaften zusammenzuarbeiten, beschleunigte seinen Sturz. Papen und die Schwerindustrie öffneten Hitler das Tor zur Macht".

Es sind sehr eindringliche Lehren und Warnungen, die sich aus der Lektüre dieses Buches ergeben. Geschrieben wurde es während der Hitlerzeit ohne Aussicht auf Veröffentlichung und es gehört zu den wenigen wesentlichen Manuskripten "in der Schublade", die während des tausendjährigen Reiches geschrieben wurden und nun die Beweise für die ungebrochene Kraft der Auseinandersetzung und Klärung der deutschen Geisteswelt zu dienen haben.

Nazi-Widerstands - Zentrum in Argentinien

sp. In Graz, der Hauptstadt Kärntens, die zu den nationalsozialistischen Hochburgen zählte, wird neuerdings eine Monatsschrift "Der Weg" vertrieben, die in Argentinien in deutscher Sprache herausgegeben wird und ausser in sechs weiteren südamerikanischen Staaten auch in Italien, Österreich, den USA, Spanien, der Schweiz, Schweden, Dänemark, Syrien und Canada vertrieben werden soll. Aus einer Notiz, die "mit tiefer Freude" feststellt, dass sich der Oberst der Waffen-SS, Otto Skorzeny, der bekanntlich vor längerer Zeit aus dem Internierten-Lager in Darmstadt entwichen ist, zu den Mitarbeitern des Blattes gesellt hat - aus dieser Notiz wird ersichtlich, dass sich in Argentinien ein nazistisches Widerstands-Zentrum gebildet hat. Ihm sollen auch Professoren deutscher und österreichischer Universitäten, Dichter und Schriftsteller angehören, die - so erklärt "Der Weg" - "einem 1944 von der höchsten Instanz der NSDAP erteilten Befehl gehorchen, den Kampf gegen den Feind auch nach dem Kriege fortzusetzen".

"Der Weg" tarnt sich als monatliche Kulturschau, widmet jedoch fast seinen ganzen Inhalt nur der Verherrlichung des deutschen Militarismus. Der Putsch des 20. Juli 1944 wird als ein Symbol des geistigen Zusammenbruchs innerhalb der deutschen Armee verurteilt und "deutsche Kriegshelden" werden in Wort und Bild gefeiert. Den Auslandsdeutschen wird ausserdem der Pat erteilt, in Briefen an ihre Verwandten und Bekannten in der Heimat nie das Wort Deutschland, sondern stets nur das Wort "Deutsches Reich" zu gebrauchen. Als Herausgeber dieser "Kulturzeitschrift" zeichnet ein gewisser Eberhard Fritsch. Viele Anzeigen argentinischer Firmen kennzeichnen ihre Besitzer als Deutsche. Sie scheinen durch ihre Anzeigen die Bestrebungen dieses argentinischen Nazi-Organs unterstützen zu wollen, dessen erwähnte Mitteilung von der Mitarbeit Otto Skorzenys die Vermutung bekräftigt, dass auf deutschem Boden noch eine Untergrundbewegung existiert, die die Flucht namhafter Nazigrößen und verurteilter Kriegsverbrecher nach Argentinien betrifft. (b/B. 65/1/255/hs)

"Socialist Fellowship"

sp. Der Rückschlag der Labour Party bei den letzten Grafschafts- und Gemeindewahlen hat eine Reihe alter Parteimitglieder zur Bildung einer sogenannten "Socialist Fellowship" (Sozialistische Gemeinschaft) veranlasst. Sie hat sich zum Ziel gesetzt, die Begeisterung für die sozialistische Idee wieder zu entfachen. "Die Labour Party", so formuliert der Labour-Abgeordnete Ellis Smith die Aufgabe der "Socialist Fellowship", "ist die einzige Partei der arbeitenden Massen, die genügend Kraft besitzt, uns auf die Strasse des Sozialismus zu bringen; die Geschwindigkeit aber, mit der ihr dies gelingt, hängt ab von der Masse sozialistischer Dynamik unter ihren Anhängern. Wir wollen, kurz gesagt, mehr Sozialismus und nicht weniger. Nach vier Jahren Labour Regierung befinden sich noch immer 80 Prozent der Industrie in Privatbesitz. Das nationale Einkommen wird noch immer ungleich verteilt. Hunderttausende von Familien sind noch immer ohne eigenes Heim. Andere leben in Häusern, die vor Jahren hätten zerstört werden müssen. Es gibt immer noch Fabriken, Werkstätten und Büros, die vor 30 Jahren schon als menschenunwürdig hätten bezeichnet werden sollen und es gibt noch immer schmutzige, hässliche und russige Städte. Die Furcht vor einem neuen Krieg quält zudem noch immer das Gemüt von Millionen Vätern und Müttern". (b/B. 65/1/255/hs)